

schweiz Fuß zu fassen beginnt. So hat die Konferenz der katholischen Seelsorger und Seelsorgerinnen der Urschweiz am 27. November 1991 ihre Dekane und Domkapitulare aufgefordert, eine Beratungsstelle für das kirchliche Personal einzurichten; sie soll den Kirchengemeinden „möglichst geeignete Seelsorger und Seelsorgerinnen“ vermitteln und Theologiestudierenden beistehen, die „den von Bischof Haas verfügten einseitigen Ausbildungsweg“ nicht gehen möchten. Dem aufmerksamen Beobachter fällt in dieser Bistumskrise auf, wie wenig sich die unmittelbar Betroffenen verstanden fühlen, wie sie unter der Not, sich mit ihrem Bischof bzw. mit den Kurieninstitutionen nicht verständigen zu können, leiden. Es fällt aber auch auf, wie wenig differenziert der Bischof bzw. die Kurieninstitutionen die doch sehr komplexe Situation wahrnehmen und auf eine pastorale Not mit Partizipationsverweigerung bzw. rechtlichen Grundsätzen antworten. Anlaß zur Sorge geben muß, daß aus dieser Not heraus eine Bewegung um sich zu greifen beginnt, die in sich die Gefahr einer „schismatischen Selbsthilfe“ (*Leo Karrer*) trägt. *we*

## Denkzettel

### *Wahlerfolge von Protestparteien in mehreren Ländern Europas*

Die belgischen Parlamentswahlen am letzten Novembersonntag 1991, die am gleichen Tag abgehaltene, in Italien landesweit beachtete Kommunalwahl im lombardischen Brescia, die Landtagswahl in der österreichischen Hauptstadt Wien und die Schweizer Nationalratswahl im Oktober *hatten eines gemeinsam*: In allen Fällen konnten *Protestparteien* unterschiedlicher Herkunft und ideologischer Ausrichtung zum Teil beträchtliche Gewinne erzielen, während die jeweiligen Regierungs- bzw. etablierten Parteien Einbußen hinnehmen mußten. In Belgien waren der rechtsorientierte „Vlaams Blok“ im niederländischsprachigen und die Grünen im

französischsprachigen Landesteil die großen Wahlgewinner; in Brescia überholte die von Senator *Umberto Bossi* angeführte „Lega Lombarda“ die in der Lombardei traditionell führenden Christdemokraten; in Wien wurde die FPÖ *Jörg Haider's* zweitstärkste Partei vor der ÖVP, und in der Schweiz verloren drei der vier Regierungsparteien, während die „Autopartei“ gestärkt wurde, die gegen eine ihrer Meinung nach übertriebene Umweltgesetzgebung zuungunsten des Individualverkehrs zu Felde zieht.

Für diese Wahlergebnisse gibt es sicher unterschiedliche Gründe. Teilweise profitieren die jeweiligen Gewinner (so der „Vlaams Blok“ in Belgien und die FPÖ in Wien) davon, daß sie sich zum Sprecher verbreiteter Ressentiments und Befürchtungen gegenüber *wachsenden Ausländerzahlen* in den einzelnen Ländern bzw. Regionen machten. Es wäre allerdings voreilig, daraus einen westeuropäischen „Ruck nach rechts“ abzuleiten. Auf der Hand liegt vor allem eine Ursache: In allen Fällen reagierte das Wahlvolk bei seiner Stimmabgabe auf *Verkrustungen und Defizite im herkömmlichen Parteiensystem bzw. der jeweiligen Regierungspolitik*. In Brescia waren der Abfuhr für die etablierten Parteien Monate kommunalpolitischer Querelen vorausgegangen, in Österreich zeigen die beiden großen Parteien seit Jahren erhebliche Schwächen, in Belgien litt das Ansehen der Regierungsparteien unter etlichen Skandalen.

Wahlsignale wie die der letzten Wochen und Monaten müssen keinesfalls eine massive Existenzkrise der traditionellen Parteien in den verschiedenen Ländern ankündigen. Wohl aber sind sie ein deutliches Zeichen dafür, daß auch in den europäischen Ländern, die durch ein relativ festes, an früheren ideologisch-weltanschaulichen Mustern orientiertes Parteiengefüge geprägt sind, *Partei-bindungen lockerer werden* und deshalb die Neigung zu „Denkzettelwahlen“, zur Stimmabgabe für eine Protestpartei gleich welcher Couleur und Seriosität bis hinein in Stammwählerschichten größer wird. Von der

Schwäche bzw. Akzeptanzkrise des traditionellen Parteiengefüges sind sozialistische Parteien ebenso betroffen wie *christdemokratische* (die Democrazia Cristiana in Italien, die Schweizer CVP, die flämischen Christdemokraten und die österreichische ÖVP).

Die betroffenen Parteien sind gut beraten, angesichts der Gewinne von Protestgruppierungen nicht den bequemsten Weg der Wählerschelte einzuschlagen. Sie sollten auch der Versuchung widerstehen, sich zumindest rhetorisch manchen radikalen, zugkräftigen Parolen von Protestparteien anzunähern; im Wettbewerb mit solchen Gruppierungen, die sich teilweise ganz auf die Artikulation von Ressentiments beschränken, können sie ohnehin nicht gewinnen. Notwendig ist demgegenüber vor allem die *kritische Selbstprüfung* der jeweiligen Traditionsparteien. Sie müssen sich fragen, ob sie in ihrer Programmatik wie in ihrer praktischen Politik die wirklichen Herausforderungen aufnehmen, inwieweit ihre Strukturen einer offenen Diskussion und dem Kontakt mit den Fragen und Anliegen der Bevölkerung im Wege stehen.

Die europäische Entwicklung der nächsten Jahre dürfte vermutlich genügend Anlaß für Entstehen und Erfolge von Einpunktparteien und Protestbewegungen liefern. Um so wichtiger, daß die großen Parteien der westeuropäischen Länder ihre Verantwortung wahrnehmen. Das gilt nicht nur für die Länder, in denen einschlägige Wahlergebnisse der letzten Zeit für Schlagzeilen gesorgt haben, sondern natürlich auch für die *Bundesrepublik*, die gegenüber solchen Versuchungen keineswegs gefeit ist.

*ru*

## Widerspruch

### *Über den Unsinn rechtlicher Optimierung von Erziehung*

*Zwei Grundsätze sind aller zeitgenössischen Rechtspolitik heilig: 1. Keine Leitbilder ethischer oder gesellschaft-*